

**Protokoll
über die 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen (Sondersitzung) am
10.02.2005**

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika PDS

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna	PDS
Lüdtke, Hannelore	SPD
Meslien, Daniel	SPD
Nagel, Cornelia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger
Schulz, Andreas	

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Burmeister, Harald

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Selke, Achim
Subke, Bärbel
Thoms, Brigitte
Vogt, Monika

Gäste

Dechau, Ch.
Hubert, Rudolf
Pundt, Rosa
Rehmer, Manfred

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Haushalt 2005
3. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Frau Sembritzki eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Tagesordnung wird der Einladung entsprechend bestätigt.

zu 2 Haushalt 2005

Die Ausschussvorsitzende macht deutlich, dass zur Vorbereitung der Sitzung des Finanzausschusses am 15. 2. 2005 ein Votum des Ausschusses zum Einzelplan 4 – Soziale Sicherung – erforderlich ist und die heutige Sondersitzung ausschließlich diesem Zweck dient.

Seitens der Verwaltung werden zunächst allgemeine Erläuterungen zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2005 gegeben. So sind die geänderten Gliederungs- und Gruppierungsvorschriften auf einen Runderlass des Innenministeriums zurückzuführen, die an die neuen Gesetzlichkeiten angepasst wurden und zu Veränderungen in der Zuordnung von Hilfearten führten. Das Gesamtvolumen des Ansatzes 2005 ist zwar geringer als 2004, allerdings wird seitens des

Fachamtes befürchtet, dass die Mittel nicht ausreichen könnten. Um weitere Einsparungen, vor allem im kostenintensiven Pflichtbereich, erzielen zu können, werden derzeit verwaltungsintern neue Ideen diskutiert, wie z. B. das personenbezogene Budget, der Übergang von stationärer in ambulante Pflege. Zu gegebener Zeit wird die Verwaltung an den Ausschuss mit entsprechenden Vorschlägen herantreten.

Einen ausführlichen Bericht zu den Auswirkungen des SGB II kündigt die Verwaltung für die nächste Stadtvertretersitzung an.

Auf der Grundlage der Vorschläge der AG Fördermittel und den von der AG Beratungsdienste daraufhin selbst erarbeiteten Vorschlägen konnte in einer gemeinsamen Beratung der Projektgruppe Fördermittel, der AG Beratungsdienste sowie der AG Offene Altenarbeit am 7. 2. 2005 mit einigen geringfügigen Korrekturen Konsens über die Vergabe der Fördermittel 2005 erzielt werden.

Herr Junghans lobt ausdrücklich die Arbeit aller an der Entscheidung Beteiligten vor allem vor dem Hintergrund, dass die Fördersumme von bisher ca. 620.000 € für das Haushaltsjahr 2004 auf 499.613 € für 2005 reduziert werden konnte.

Die erarbeitete Übersicht wird den Ausschussmitgliedern übergeben.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Behördenleitung das Ergebnis zwar als hinnehmbar ansieht, sich jedoch das Defizit des Gesamthaushalts dadurch erhöhen wird, da nur für einen Teil der Summe eine Deckung vorhanden ist. Somit muss auch weiterhin nach Einsparmöglichkeiten, wie z. B. bei den Betriebskosten durch Zusammenlegung von Standorten, gesucht werden. Erst wenn auch diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, besteht die Bereitschaft, die Fördermittel in längerfristigen Verträgen festzuschreiben. Ein entsprechender interfraktioneller Antrag mit gleichem Anliegen liegt der Stadtvertretung bereits zur Beschlussfassung vor.

Frau Sembritzki gibt zu bedenken, dass bei längerfristigen Verträgen die für das Jahr 2005 erreichten Fördersummen nur als Minimum festgeschrieben und eine Dynamisierungsklausel in die Verträge aufgenommen werden sollte.

Herr Rehmer, der auf Antrag Rederecht erhält, begrüßt die Zielstellung zum Abschluss längerfristiger Förderverträge. Die Entscheidung über den nunmehr erreichten Konsens zur Fördermittelvergabe 2005 sollte der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.

Herr Hubert, anwesend als Vertreter der AG Beratungsdienste, macht deutlich, dass das erreichte Ergebnis auch von der Kleinen Liga akzeptiert und in die Öffentlichkeit getragen wird. Er würde es begrüßen, wenn bei erneut anstehenden Entscheidungen in diesem Bereich die AG Beratungsdienste und die AG Offene Altenarbeit von Anfang an an den Beratungen beteiligt werden.

Die Ausschussmitglieder stimmen darin überein, die Öffentlichkeit über das Ergebnis der Fördermittelvergabe 2005 zu informieren, und zwar noch vor der Stadtvertretersitzung am 21. 2. 2005. Frau Sembritzki regt an, den Tagesordnungspunkt "Sonstiges" in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 17.2.2005 für detaillierte Absprachen zu nutzen. Des Weiteren sichert sie zu, den Vorschlag, Beratungen in diesem Bereich von vornherein gemeinsam durchzuführen, künftig zu berücksichtigen.

Auf Anfrage von Frau Brill teilt die Verwaltung mit, dass das Verfahren zur Inanspruchnahme des Behindertenfahrdienstes für 2005 noch festgelegt werden muss. Mit den 14.200 €, die für 2005 zur Verfügung stehen, kann der Fahrdienst für die Personen aufrechterhalten werden, die nicht unmittelbar am ÖPNV angeschlossen sind. Die bereits im letzten Jahr praktizierte personenbezogene

Budgetierung hatte einen Rückgang der Inanspruchnahme zur Folge.

Die für das I. Quartal 2005 bereits ausgereichten Fördermittel brauchen nach Auskunft von Herrn Block von den jetzt nicht mehr in der Förderung berücksichtigten Vereinen und Verbänden nicht zurückgezahlt werden.

Nach Klärung aller Fragen bittet Frau Sembritzki die Ausschussmitglieder, über die Vergabe der Fördermittel sowie über den Einzelplan 4 – Soziale Sicherung – des Haushaltsplanentwurfes 2005 getrennt abzustimmen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen sowohl dem Vorschlag zur Vergabe der Fördermittel 2005 vom 7. 2. 2005 als auch dem Einzelplan 4 des Haushaltsplanentwurfes 2005 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3

Sonstiges

Frau Leppin bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung Aussagen zu den Kosten der Unterkunft zu treffen.

gez. Erika Sembritzki

Ausschussvorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführerin